

OSTAFRIKA

# Von der Angst zu bleiben und der Angst zu gehen

Die kenianische Regierung will die Flüchtlingslager im Norden des Landes schliessen, doch die Menschen wollen bleiben – trotz der misslichen Lage. Eine Reportage aus dem grössten Camp der Welt.

VON BETTINA RÜHL, DADAAB (TEXT UND FOTO)

Baschir Ahmed Bihi füllt Reis aus einem grossen Sack in kleinere Tüten, die er dann neben den Verkaufstresen stellt. In den Regalen hinter ihm stehen Päckchen mit Keksen, Flipflops, Seifen, Zahnstocher und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. Zwischendurch unterbricht der Endvierziger kurz seine Arbeit. «Wenn du Fragen hast, stell sie schnell», sagt er. «Es ist nicht sicher hier, du solltest so schnell wie möglich wieder verschwinden.»

Baschir ist Besitzer eines kleinen Ladens im Flüchtlingslager Dagahaley im Nordosten von Kenia, ganz in der Nähe des Ortes Dadaab und etwa hundert Kilometer von der somalischen Grenze entfernt. In den insgesamt fünf vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geführten Camps rund um Dadaab leben gut 355 000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland Somalia, einige von ihnen schon seit mehr als zwanzig Jahren. Baschir war einer der Ersten, die im Frühjahr 1991 hier ankamen; in den nächsten Monaten folgten fast 400 000 verzweifelte und hungrige Menschen. Baschir war aus der Hafenstadt Kismayo geflohen, nachdem sein Bruder von einem Nachbarn ermordet worden war – und das nur, weil er zum Clan der Darod gehörte und der Täter Hawiye war. Im Somalia der frühen neunziger Jahre war das nichts Ungewöhnliches. Nach dem Sturz des somalischen Diktators Siad Barre im Januar 1991 fielen die somalischen Clans in einem gnadenlosen Machtkampf übereinander her. «Ich wusste, dass ich auch bald dran bin, wenn ich bleibe», erinnert sich Baschir.

## Regierung sieht Sicherheit gefährdet

Weil der Krieg bis heute weitergeht, sind die notdürftigen Unterkünfte in Kenia noch immer überfüllt. Erst seit September 2012 hat Somalia in Hassan Scheich Muhammad wieder einen international anerkannten Präsidenten. Aber viele ländliche Regionen sind weiterhin in der Hand der islamistischen Al-Schabab-Miliz, die zum Al-Kaida-Netzwerk gehört, oder anderer bewaffneter Einheiten. Kaum jemand möchte deshalb die Camps in Kenia verlassen, um nach Somalia zu gehen, zumal die Jüngeren die Heimat ihrer Vorfahren noch nicht einmal kennen. Die kenianische Regierung dagegen will die Lager von Dadaab so schnell wie möglich schliessen mit der Begründung, dass sich islamistische Kämpfer aus dem Nachbarland unter die Flüchtlinge gemischt hätten und die Camps dadurch die Sicherheit Kenias gefährdeten (vgl. «SomalierInnen unerwünscht»).

Baschir und die anderen Flüchtlinge leben mit der drohenden Schliessung wie unter einem Damoklesschwert. Der Vater von achtzehn Kindern fühlt sich unter Generalverdacht, auch wenn er selbst einige der Bewohner von Dagahaley fürchtet. Die kenianische Regierung erlaubt den Flüchtlingen nur in Ausnahmefällen, sich im Land zu bewegen. Baschir hat aus seiner Zwangslage offensichtlich das Beste gemacht. Sein Laden ist eine Hütte aus Wellblech, die mit Waren vollgestopft ist und an einem der zentralen Plätze des Lagers steht. Er zählt sich

selbst zur «Mittelschicht». Der Zuverdienst zu den kostenlosen Lebensmittelverteilungen der Hilfsorganisationen ist überlebenswichtig: Die Flüchtlinge bekommen kein Fleisch, kein frisches Gemüse, kein Obst. Sie müssen Kleidung und Schuhe kaufen, sie brauchen Geld für Telefonate mit Angehörigen in Somalia oder in der weltumspannenden Diaspora.

## Waffen gibt es genug

Baschir lässt das rege Treiben auf dem Platz vor seinem Laden immer nur kurz aus den Augen. «Du weisst nie, wer sich unter die Leute mischt», sagt er, «oder was im nächsten Augenblick passiert.» Das gelte aber nicht nur für Dadaab: «Ganz Kenia ist im Moment sehr unsicher.»

Mutmassliche Al-Schabab-Mitglieder verüben immer wieder Anschläge, seit die kenianische Armee im Herbst 2011 in Somalia einmarschierte. Sie erklärte, dort gegen die islamistische Miliz kämpfen zu wollen, um ihr eigenes Staatsgebiet zu sichern. Die Al-Schabab-Miliz schwor umgehend Rache. Mittlerweile gibt es eine lange Liste von Terroranschlägen gegen die kenianische Bevölkerung. Dazu gehören auch Granatenangriffe und andere Anschläge auf PolizistInnen und HelferInnen in Dadaab und den fünf Lagern. Auch auf dem Platz vor Baschirs Laden detonierten schon Granaten; im Dezember 2012 wurden mehrere PolizistInnen zerfetzt. Waffen und Handgranaten gebe es genug, sagt Baschir, die Grenze nach Somalia sei kaum zu kontrollieren.

Zu einem Interview ist Baschir deshalb weder hier noch in seiner Hütte bereit. «Du als Weisse fällst sofort auf», sagt er. «Das kann Islamisten anziehen, die dich kidnappen wollen, weil sie auf Lösegeld hoffen. Oder Kriminelle, die mich anschliessend überfallen, weil sie meinen, du hättest mir jede Menge Geld gegeben.» Der Somalier schlägt für das Gespräch stattdessen eine Sekundarschule vor, deren Gründung er mitinitiiert hat. Denn das UNHCR sorgt zwar für eine Grundschulbildung der Flüchtlingskinder, nicht aber für weiterführende Schulen.

## Stets die Angst im Genick

Nach traditioneller somalischer Art hat sich Baschir ein Tuch um die Hüfte gewickelt, zu dem er ein westliches, rot-weiss kariertes Hemd trägt. Er hat es sich auf einem weissen Plastikstuhl im Schatten eines Baums bequem gemacht. «In den Lagern gibt es jede Menge Kriminelle», sagt er. «Viele Flüchtlinge berichten von häufigen nächtlichen Schüssen, Diebstählen, Raubüberfällen, Morden. Ich fürchte jede Nacht um mein Leben», schildert Baschir, der wirkt, als habe er Nerven aus Stahl.

Den Vorwurf, dass die Polizei die Flüchtlinge nicht schützt, wollen die Vertreter des kenianischen Staats natürlich nicht auf sich sitzen lassen. Unter der Bedingung, dass er anonym bleibt, ist ein Staatsvertreter zu einem Gespräch bereit. «Wir arbeiten in den Blöcken mit Flüchtlingen zusammen», erklärt er. «Auf diese Weise gelingt es uns, für Sicherheit zu sorgen.»



«In den Lagern gibt es jede Menge Kriminelle. Ich fürchte jede Nacht um mein Leben»: Baschir Ahmed Bibi betreibt im Lager Dagahaley im Norden Kenias einen kleinen Laden.

Unsicher fühlen sich aber nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Helfende. Im Oktober 2011 wurden zwei spanische Mitarbeiterinnen der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) von Mitgliedern der Al-Schabab-Miliz aus einem der Lager entführt und nach Somalia verschleppt; ihr kenianischer Fahrer wurde beim Überfall schwer verletzt. Erst nach fast zwei Jahren kamen die beiden Frauen wieder frei. Seit dieser Entführung sind die Sicherheitsregeln für die HelferInnen in den Lagern noch schärfer. Sie fahren nur noch in bewaffneten Eskorten von ihren bewachten Unterkünften im Ort Dadaab die rund zwanzig Kilometer zu den Flüchtlingscamps. Innerhalb der Blöcke bewegen sie sich in der Regel nicht, ausser allenfalls in den übersichtlicheren Randgebieten. Wie die Polizei verlassen sie sich weitgehend auf Kräfte unter den Flüchtlingen, die für ihre Arbeit ein Taschengeld erhalten.

«Du denkst immer, es trifft dich nicht», sagt der Kenianer Bischar Salat, der seit über zwanzig Jahren für die Hilfsorganisation Care arbeitet. «Aber am 19. September 2011 wurde ein guter Freund von mir in einem der Lager entführt. Seitdem weiss ich, dass es jeden treffen kann. Auch mich, vielleicht schon morgen.» Sein Freund, der als Fahrer angestellt war, blieb über zwei Jahre in der Gewalt der Al-Schabab-Miliz. Seit seiner Freilassung lebt er abgeschottet in Nairobi, selbst Bischar Salat hat ihn noch nicht besucht. Dass sich die Helfenden nur noch mit bewaffnetem Begleitschutz unter den Flüchtlingen bewegen können, bedauert er zu tiefst. «99 Prozent der Menschen haben mit dem Terror nichts zu tun. Sie warnen uns, wann immer sie etwas mitkriegen: «Bleibt heute von dieser Strasse weg, geht einen anderen Weg.»

## Zu wenig finanzielle Mittel

Auch MSF ist trotz der Entführung von 2011 weiterhin vor Ort. «Aber wir sind immer auf der Hut», sagt der Ernährungswissenschaftler Abubakar Mohamed Mahamud, der seit vielen Jahren für MSF arbeitet. Trotz aller Risiken habe er nie daran gedacht, seinen Job zu kündigen. «Wir haben uns im Laufe der Jahre an die Gefahr gewöhnt», meint er. «Man hilft, so gut man kann, auch wenn man nicht weiss, ob man morgen vielleicht erschossen wird.» Der Einsatz der Helfer sei heute vielleicht wichtiger denn je. Denn viele Geldgeber seien der Flüchtlinge müde, alle Organisationen klagen über zu wenig Mittel selbst für die nötigsten Projekte. «Sogar die Unterkünfte sind ein Problem, viele müssten nach so langer Zeit endlich ausgebaut werden, weil sie nicht mehr regendicht sind.» Das sei zurzeit nicht zu bezahlen. Auch die hygienischen Zustände seien in den überfüllten Lagern eine Katastrophe, der Ausbruch einer Choleraepidemie jederzeit möglich.

Die spürbare Knappheit der Mittel verschärft die Unsicherheit, was die befürchtete Rückkehr angeht. Baschir hat dabei nicht einmal Angst um sich selbst. «Ich komme überall klar», sagt er sachlich. Der Verlauf seines Lebens in Dagahaley gibt ihm recht: «Nachdem ich 1991 mit leeren Händen hier ankam, sass ich die ersten Monate wie gelähmt herum und konnte den Albtraum nicht fassen», beschreibt er rückblickend. Dann kehrte sein alter Ta-

tendrang zurück. Er erinnerte sich, dass er schlachten kann, kaufte von einem Kenianer eine Ziege auf Kredit, verkaufte kleine Mengen Fleisch an die Flüchtlinge. So erarbeitete er sich nach und nach das Startkapital für seinen Laden; die Schlachterei betreibt er parallel weiter. Ausserdem baut er Gemüse an, hält Hühner, und er gründete die Sekundarschule.

Baschir ist allen HelferInnen und GeldgeberInnen ausgesprochen dankbar für die vielen Jahre, die er und Hunderttausende anderer in Dadaab in relativer Sicherheit leben konnten. «Wir haben hier unter dem leichten Druck der Hilfsorganisationen gelernt, fried-

## SomalierInnen unerwünscht

Die Debatte um die Schliessung der Flüchtlingslager scheint seit dem Attentat auf die Westgate Mall in der kenianischen Hauptstadt Nairobi Ende September 2013 ernster denn je. Zu dem Anschlag, bei dem mindestens 67 Menschen starben, bekannte sich die Al-Schabab-Miliz. Das Attentat war nicht das erste, das die militante islamistische Bewegung in Kenia verübte.

Das UNHCR und verschiedene Menschenrechtsorganisationen protestieren trotzdem gegen eine zwangsweise Rückführung der Flüchtlinge nach Somalia. Sie verweisen auf Verträge, die Kenia ratifiziert hat. Die Regierung in Nairobi gab dem Druck nach: Im November 2013 unterzeichnete sie mit Somalia und dem UNHCR ein Abkommen, das die Abschiebung der Menschen verbietet und Regeln festlegt, nach denen ihre Rückkehr freiwillig erfolgen soll. Derzeit zählt die UN-Flüchtlingsorganisation um Dadaab 355 000 LagerbewohnerInnen.

lich miteinander zu leben. Wir haben Grundformen der Demokratie gelernt. Unsere Kinder sind hier in Schulen gegangen, unsere Frauen sind selbstbewusster geworden.» Baschir möchte diese Werte bewahren. Und genau deshalb hofft er auf eine noch etwas längere «Schonzeit» vor der Rückkehr: «In Somalia ist immer noch Krieg, alle denken nur an ihren Clan.» In den Lagern hätten die Kinder und Jugendlichen etwas anderes gelernt, ein friedliches Miteinander. Aber in Somalia würden sie binnen weniger Tage alles vergessen, was sie hier gelernt haben, und sich einer der Milizen anschliessen, befürchtet Baschir. «Vielleicht sogar den Schabab.»

## PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchierfonds des Fördervereins ProWOZ. Der Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0